

Von wechselseitigem
Verständnis
profitieren beide Seiten

Brückenbau im transatlantischen Verhältnis

Friedbert Pflüger

Seit seiner Wiederwahl im November 2004 betont Präsident Bush die Freundschaft zu Europa und den Wert der Zusammenarbeit mit Europa. Auf seiner Europa-Reise im Februar fügte er hinzu: „Ich brauche euren Rat.“ Indem er nicht allein die NATO, sondern als erster US-Präsident überhaupt auch die EU besuchte, setzte er ein weiteres überaus wichtiges Signal: nämlich dass Washington wider alle vergangene Rhetorik nach wie vor die europäische Einigung unterstützt und die EU als politischen und auch sicherheitspolitischen Akteur ernst nimmt. Und es soll in den Augen des US-Präsidenten ein starkes Europa sein. Bush hat Europa die Hand gereicht, er will die transatlantischen Dissonanzen überwinden.

Diese Dissonanzen hat Henry Kissinger trefflich zusammengefasst mit den Worten: „Amerika hatte seinen Flirt mit der Hegemonie, und Europa hatte seinen Flirt mit moralischer Selbstgerechtigkeit.“ Kissinger ist zuzustimmen, dass Ursachen für die Dissonanzen auf beiden Seiten lagen. Die USA begingen den Fehler, Europa in „alt“ und „neu“ zu teilen und es lediglich als „Werkzeugkasten“ zu betrachten. Für die Europäer gestand Joschka Fischer vor knapp einem Jahr in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein, dass Europa in einem entscheidenden Augenblick für die transatlantischen Partner „nicht dialogfähig war, wo wir es hätten sein müssen, als die Konflikte aufbrachen, was dann definitiv in der Irak-Krise der Fall war“. Ich füge hinzu, dass

die Bundesregierung letztlich aus Gründen der Innenpolitik – sie bediente sich des Anti-Amerikanismus – auch nicht willens zum Dialog war. Europa sprach lieber über als mit den USA. Die Bundesregierung ging sogar noch weiter: Sie hat gemeinsam mit Frankreich und Russland, einem Staat außerhalb der EU und des atlantischen Bündnisses, gegen die USA eine Strategie des Gegengewichtes verfolgt. Versuche, eine europäische Identität gegen die USA zu definieren, gefährdeten dabei nicht nur die transatlantische Partnerschaft, sie drohten obendrein Europa selbst zu zerreißen. Denn viele europäische Staaten sind nicht bereit, den Kontinent gegen die USA aufzustellen.

Welche Motive verfolgt Bush bei seinem Zugehen auf Europa? Ähnlich wie sein Vorgänger Ronald Reagan dürfte er in seiner zweiten Amtszeit eine moderatere und multilateralere Außenpolitik betreiben. Es wird ihm auf sein Bild in der Geschichte ankommen. Zudem hat Bush im Irak-Konflikt bitter gelernt, dass die USA Kriege im Alleingang gewinnen können, bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung jedoch auf Partner angewiesen sind. Bereits seit Ende 2003 handeln die USA wesentlich multilateraler. Bush wird die Europäer unter anderem für eine erfolgreiche Politik im Irak, im Nahost-Konflikt und bei der Modernisierung des Nahen und Mittleren Ostens brauchen. Umgekehrt braucht Europa die USA, um zum Beispiel die Verhandlungen mit dem Iran über dessen Nuklearprogramm erfolgreich abzuschließen, bei

der Reform der Vereinten Nationen (VN) und der Überwindung der weltweiten Armut.

Gleichwohl wird Bush bei allem Entgegenkommen seinen Überzeugungen treu bleiben. Es wird keinen Kurswechsel in der außenpolitischen Philosophie geben. Bush fühlt sich durch seine deutliche Wiederwahl legitimiert, außenpolitisch haben ihn die Wahlen im Irak gestärkt. Umso wichtiger ist es, die Gelegenheit entschlossen zu nutzen, die sich mit dem Zugehen Bushs auf Europa ergibt.

Für Deutschland sind die Beziehungen zu den USA mit der Hypothek belastet, dass trotz aller schönen Bilder und Worte von Mainz das persönliche Verhältnis zwischen Schröder und Bush dauerhaft zerrüttet ist. Schröder ist deutlich die Abneigung gegen die USA durch seine politische Sozialisation anzumerken. Wie verkrampt sein Verhältnis ist, hat Schröder vor kurzem mit seinem ungeschickten Vorstoß zur Reform der transatlantischen Institutionen gezeigt.

Vergewisserung der Partnerschaft

In den transatlantischen Beziehungen kann es nicht darum gehen, neue Visionen zu entwerfen oder die Beziehungen neu zu begründen. Zwar spricht Joschka Fischer gern von einem „neuen Atlantizismus“ oder von der „Rekonstruktion des Westens“, er ist jedoch bislang schuldig geblieben, diese Begriffe mit Inhalt zu füllen. Auch gibt es kein Zurück zu den alten Beschwörungen und Ritualen der Partnerschaft. Mit dem Zusammenwachsen Europas ist die „Mission Europa“ des Kalten Krieges erfolgreich abgeschlossen. Die Herausforderungen liegen jetzt nicht mehr an der deutsch-deutschen Grenze, sondern außerhalb Europas. Es geht darum, sich der transatlantischen Partnerschaft sowohl empathisch als auch sachlich zu vergewissern.

Das heißt *erstens*: sich der Bedeutung der Beziehungen bewusst zu werden. Die

Partnerschaft zwischen Europa und den USA ist zu wichtig, um sie der Erosion preiszugeben. Keine anderen Regionen auf dieser Welt sind nach wie vor gesellschaftlich, kulturell und von den Interessen her so stark miteinander verbunden und wirtschaftlich verflochten. Europa und Nordamerika sind allenfalls gemeinsam in der Lage, die gravierenden globalen Herausforderungen zu bewältigen. Wenn sich Europa und Nordamerika auseinander bringen lassen, werden sie kaum etwas bewegen. Joschka Fischer hat Recht, wenn er wie am 13. Februar 2005 sagt: „Wir sind existenziell aufeinander angewiesen.“

Zweitens: Alle Beteiligten dürfen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das *annus horribilis* der transatlantischen Beziehungen hatte seine Ursachen in langfristigen Entwicklungen diesseits und jenseits des Atlantiks. Die Partner müssen sich damit auseinander setzen.

Das jeweilige Bedrohungsgefühl in Europa und in den USA klafft zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts weit auseinander. Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben die USA tief getroffen und nachhaltig geprägt. Nicht von ungefähr ist Präsident Bush in erster Linie aufgrund der Themen innere und äußere Sicherheit sowie Patriotismus wieder gewählt worden. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass ihn 2004 mehr Frauen und insbesondere Mütter als 2000 gewählt haben.

9/11 hat in den USA jedoch keine neue Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet, sondern lediglich die bereits eingeleitete Neuausrichtung verstärkt. Schon bald nach Ende des Kalten Krieges hatte Washington an Antworten auf die neuen, zum Teil diffusen sicherheitspolitischen Herausforderungen gearbeitet. Ein Ergebnis war die neue Nationale Sicherheitsstrategie vom September 2002. Ganz anders die Situation in Europa und in Deutschland: Weder 9/11 noch die

schrecklichen Anschläge in Madrid vom 11. März 2004 haben im Bewusstsein der hiesigen Öffentlichkeit zu einem nachhaltigen Gefühl wachsender Gefährdung geführt. Man ist größtenteils zur Tagesordnung übergegangen.

Armut des strategischen Dialoges

Folge der unterschiedlichen Wahrnehmungen war, dass sich das strategische Denken, weniger was Ziele als vielmehr was Methoden betrifft, zwischen den USA und Europa immer mehr auseinander entwickelte. Europa versuchte sich erst gar nicht an eigenen Antworten, sondern beschränkte sich darauf, amerikanische Vorschläge zu verwerfen. Die auch von Joschka Fischer bedauerte Armut des strategischen Dialoges hat sich versinnbildlicht in der Auseinandersetzung um die durchaus kritisch zu bewertenden amerikanischen Antworten von vorbeugender Intervention oder von „Präemption“. Dahinter steht die Frage, wie unmittelbar eine Bedrohung zum Beispiel mit Massenvernichtungswaffen sein muss, um ein militärisches Eingreifen zu rechtfertigen. Der strategische Dialog gewann selbst dann nicht an Inhalt, als sich die EU am 13. Dezember 2003 erstmals auf eine Sicherheitsstrategie (ESS) einigte. Bemerkenswert ist, dass sich die ESS in der Bedrohungsanalyse und den Antworten darauf weitgehend mit der amerikanischen deckt. Auch sie spricht sich konkludent für ein präemptives militärisches Eingreifen als äußerstes Mittel aus. Ebenfalls hat die von Kofi Annan berufene hochrangige Gruppe zur VN-Reform in ihrem Bericht vom 1. Dezember 2004 das Recht auf Präemption ohne Zustimmung des VN-Sicherheitsrates anerkannt.

Ebenso haben gesellschaftliche und wirtschaftliche Phänomene verstärkt zu Unstimmigkeiten im transatlantischen Verhältnis beigetragen. Das landläufige Wissen über die jeweilige andere Seite lässt

zu wünschen übrig. Über Wissenslücken der Amerikaner wird oft gelästert, aber die von Europäern gepflegten Vorurteile über Amerika – Land des Fast Food, der hemmungslosen Kapitalisten und der Schießwütigen – sind ebenso Ausdruck von Unkenntnis. Viele Europäer nehmen vorwiegend nur das Bild von Amerika wahr, das ihnen zusagt. Deshalb wird der Autor und Filmemacher Michael Moore so beachtet und George W. Bush abgelehnt.

Religiosität versus „Zivilnihilismus“

Die USA sind eine von ungebrochener Dynamik und von Zukunftsglauben geprägte Nation, die nicht nur politisch, militärisch und wirtschaftlich, sondern inzwischen auch kulturell weltweit führend ist. Ohne die großen regionalen Differenzen im Land vergessen zu wollen, ist Amerika viel stärker traditionellen Werten verhaftet als andere westliche Staaten, mit Ausnahme vielleicht von Irland. Dabei sind Patriotismus und Religiosität wie in den USA weltweit eher die Regel. Einige Staaten Westeuropas bilden mit ihrem „Zivilnihilismus“ hingegen global die Ausnahme. Das Sendungsbewusstsein, das in Europa auf Unverständnis stößt, und die überragende Bedeutung von Freiheit sind untrennbar mit dem historischen Selbstverständnis der USA verknüpft. George W. Bush hat bewusst in seiner Antrittsrede am 20. Januar den Kampf für „Freiheit“ zu seinem Leitmotiv auserkoren. Damit knüpft er an Abraham Lincoln und nicht minder an John F. Kennedy an.

Amerika und Europa unterscheiden sich auch in ihrer Innovationsfähigkeit und ökonomischen Kraft. In der EU leben heute noch 100 Millionen Menschen mehr als in den USA. Jedoch werden die USA bei der gegenwärtigen demografischen Entwicklung in vier Jahrzehnten mehr Einwohner haben als die dann nochmals erweiterte EU. Während das Durch-

schnittsalter der Menschen in den USA und Europa derzeit bei 36 beziehungsweise 38 Jahren liegt, wird es im Jahre 2050 in Amerika 36,2 und in Europa 52,7 Jahre betragen. Der Prozess der stetigen Alterung der Gesellschaft wird sich nachhaltig auf die Dynamik und Ausrichtung der europäischen Volkswirtschaften und ihrer Außenpolitik auswirken.

Diese Analyse soll nicht einer zunehmenden Entfremdung der transatlantischen Partner das Wort reden. Vielmehr geht es darum, das Verständnis für zwei Einsichten zu schärfen: Zum einen hat es zwischen den USA und Europa immer Differenzen gegeben, sowohl in Wertefragen als auch über die Methoden, die zum Erreichen der gemeinsamen Ziele eingesetzt werden sollen. Zum anderen ist wesentliche Voraussetzung für das Fortbestehen transatlantischer Beziehungen, den anderen genau zu kennen und zu verstehen.

Als Lehre aus den Dissonanzen müssen *drittens* beide Seiten wieder gemeinsame Ziele für die globalen Aufgaben formulieren und gemeinsam handeln. Dabei ist Kritik untereinander legitim und notwendig, es hat sie zu allen Zeiten gegeben. Allerdings muss Schluss damit sein, dass sich die Partner in der Öffentlichkeit diffamieren. So kann es nicht angehen, dass die Bundesregierung einerseits Präsident Putin einen „aufrechten Demokraten“ nennt und andererseits beleidigende Äußerungen gegen den US-Präsidenten zulässt. Dies schadet deutschen Interessen.

NATO als primäres Sicherheitsinstrument

Die NATO muss primäres Instrument der transatlantischen Sicherheitspolitik bleiben, sie muss wieder der Ort der transatlantischen Sicherheitsdebatte werden. Zu Recht haben dies beide Seiten während des Bush-Besuches betont. Gleichwohl hat es auch die Bundesregierung in den letzten Jahren unterlassen, wichtige Fra-

gen, wie zum Beispiel die des iranischen Nuklearprogramms, zum Gegenstand einer Debatte in der NATO zu machen. Die NATO bedarf auch weniger der vom Bundeskanzler angestoßenen Selbstfindungsdebatte als vielmehr der Entschlossenheit der Mitgliedsstaaten, die NATO effektiv zu nutzen. Dabei müssen Aktionen unterbleiben, die gegen das Bündnis gerichtet sind. Dagegen verstößt die Bundesregierung, wenn sie einerseits Bündnissolidarität einfordert, selbst aber im Falle der NATO-Ausbildungsmission im Irak ihre Offiziere aus den integrierten Stäben dieser Mission abzieht.

Ebenso muss der sicherheitspolitische Dialog zwischen EU und NATO vertieft werden. Völlig inakzeptabel ist, dass die Türkei diesen Dialog wegen der Teilnahme des EU-Mitgliedes Zypern blockiert. Dies ist umso unverständlicher, wenn man bedenkt, dass die EU mit der Türkei über ihren Beitritt zur EU verhandeln will.

Transatlantisches „Wir-Gefühl“

Gemeinsames Handeln wird das transatlantische „Wir-Gefühl“ entscheidend stärken. Dies gelingt nur, wenn sich alle als Partner und Verbündete verstehen und entsprechend handeln, wie es mit großem Erfolg in Afghanistan oder bei der allgemeinen Bekämpfung von terroristischen Gruppen geschieht.

Europa muss seine Mitverantwortung für die Lösung außereuropäischer Sicherheitsprobleme noch stärker annehmen und dafür auch mehr in die eigene, unter anderem militärische Stärke investieren. Es darf jedoch nicht darum gehen, Europa zum Gegenpol der USA aufzubauen. Wenn die europäischen Staaten zu Recht feststellen, dass die Stabilisierung und Modernisierung des Irak in ihrem Interesse ist, dann müssen sie auch bereit sein, mehr dafür zu tun. Dabei geht es nicht darum, Soldaten in den Irak zu schicken, sondern zum Beispiel mehr für die Aus-

bildung von Sicherheitskräften und Fachleuten zu tun.

Angesichts der fortschreitenden Verflechtung in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sollte die Bundesregierung anstreben, einen einheitlichen transatlantischen Wirtschaftsraum beziehungsweise einen Binnenmarkt zu schaffen. Eine Voraussetzung dafür ist allerdings, mit den Handelsstreitigkeiten zwischen Europa und den USA professioneller umzugehen. Die Welthandelsorganisation (WTO) und ihre Streitschlichtungsverfahren müssen gestärkt beziehungsweise verbessert werden.

In einer wiedergewonnenen Gemeinsamkeit dürfen beide Seiten nicht wie bisher Antworten verweigern und sich auf Kritik beschränken. Erste Früchte sind zu erkennen. In der drängenden Frage des richtigen Umganges mit den nuklearen Ambitionen des Iran erklärt sich Europa zunehmend, wozu es bereit ist, wenn die Verhandlungen der EU mit dem Iran scheitern sollten. Auf der anderen Seite haben die USA zwar noch immer keine umfassende Iran-Politik, jedoch geben sie erste Antwort darauf, wie sie diese Verhandlungen fördern wollen. In puncto weltweiten Klimaschutzes waren die USA und Europa bislang nicht bereit, von ihren jeweiligen Vorstellungen von einer richtigen Klimapolitik abzurücken. Mittlerweile geht es aber um die Klimapolitik für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls in 2012. Die Debatte ist neu eröffnet. Ein erster Schritt ist, dass Deutschland und die USA ein Aktionsprogramm zum Klimaschutz vereinbart haben.

Gemeinsamkeit ist auch notwendig in der Frage, wie die Handlungsfähigkeit der VN verbessert werden kann. Die USA schweigen in der aktuellen Diskussion über die VN-Reform. Die Bundesregierung fokussiert ihre Politik ausschließlich darauf, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat mit Vetorecht zu ergattern, wobei

sie jegliche Erläuterung schuldig bleibt, wie sie die damit verbundene Verantwortung zu tragen gedenkt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, solange es keinen europäischen Sitz im Sicherheitsrat geben kann, für einen ständigen deutschen Sitz. Sie hält jedoch die großspurige Art und Weise, wie die Bundesregierung ihr Ziel anstrebt, für verheerend.

Nicht zuletzt müssen die transatlantischen Partner wieder stärker Rücksicht auf die Interessen des anderen nehmen. Die in der EU diskutierte Aufhebung des Waffenembargos gegen China wäre schon aus politischen und menschenrechtlichen Gründen ein Fehler. Obendrein würde eine solche Entscheidung unmittelbar die sicherheitspolitischen Interessen der USA berühren, die Taiwan eine Beistandsgarantie gegeben haben. Washington befürchtet, dass die Aufhebung des Waffenembargos China in die Lage versetzen könnte, durch Technologietransfer seine Waffensysteme schneller zu modernisieren. Selbst hochrangige grüne Politiker haben gefordert, in dieser Frage die Interessen der USA zu berücksichtigen. Für Washington ist dies ein sehr ernstes und wichtiges Thema.

Zum Schluss: Die Bundesregierung muss alles tun, um das verzerrte öffentliche Amerika-Bild zu korrigieren und anti-amerikanischen Ressentiments, zu denen sie selbst, aber auch die US-Administration beigetragen haben, entgegenzuwirken. Willy Brandt hat in seiner Rede vor der Harvard-Universität im Juni 1972 gesagt: „Sie, die Jüngeren, dürfen nicht vergessen, dass die Interdependenz, die John F. Kennedy für die Staaten diesseits und jenseits des Atlantiks proklamiert hat, eine moralische, eine kulturelle, eine wirtschaftliche und politische Realität bleiben muss.“

Präsident Bush hat den Anfang gemacht. Wir müssen ihn beim Wort nehmen und unseren Beitrag leisten.